

Hermann Lueer

Warum entwickeln sich »Entwicklungsländer« nicht?

Sind die Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern arm, weil sie zu faul, zu dumm oder schlichtweg zu viele sind? Entwickeln sich »Entwicklungsländer« deshalb nicht? Unsinn. Arm ist der Großteil der Menschen in den »Entwicklungsländern« weder weil es am Arbeitswillen und Arbeitsvermögen fehlt, noch weil es nicht genug Reichtum gäbe, sondern weil sie von den vorhandenen Reichtümern und den zu ihrer Herstellung erforderlichen Produktionsmitteln ausgeschlossen sind.

Wenn Menschen unter schweren Arbeitsbedingungen bis zu 16 Stunden am Tag in Bergwerken, Fabriken oder auf Plantagen schufteten und von dem Ertrag ihrer Arbeit kaum ihre Familie ernähren können, ist ihre erbärmliche Lage nicht das Resultat von Faulheit. Wenn Menschen als Bauern oder traditionelle Kleinhandwerker keine Chance gegen die importierten Industrieprodukte der Weltkonzerne haben – egal wie lange, intensiv und billig sie zu arbeiten bereit sind –, dann ist der Grund ihres fehlenden ökonomischen Erfolges nicht ihr fehlendes Geschick. Wenn Menschen vor Fabrikoren und den eingezäunten landwirtschaftlichen Nutzflächen auf Arbeit warten, ist der Grund ihrer Arbeitslosigkeit nicht ihr fehlender Arbeitswille. Wenn Menschen um die nötigsten Lebensmittel kämpfen müssen und kein Geld für die Ausbildung ihrer Kinder haben, ist der Grund fehlender Bildung nicht ihr Desinteresse. Millionen Menschen in der Dritten Welt kämpfen verbissen und ohne Erfolg um ein anständiges Leben oder verharren in erzwungener Untätigkeit, nicht weil extreme Armut so bequem ist, sondern weil die Trennung von den erforderlichen Arbeitsmitteln jede lohnende Anstrengung außer Reichweite rückt. Mittellosigkeit ist in den »Entwicklungsländern« kein Resultat von Dummheit oder Faulheit, sondern das Resultat der staatlich gewährten Freiheit, Privateigentum an Produktionsmitteln besitzen zu dürfen und damit andere von den vorhandenen Reichtümern auszuschließen. Wenn alle Reichtümer in Warenform vorliegen, wenn nur zahlungsfähige Bedürfnisse zählen, wenn im Privateigentum befindliche Produktionsmittel nur angewandt werden, wenn es sich für die Besitzer lohnt, dann macht die marktwirtschaftliche Eigentumsordnung die Menschen unfähig, für ihr Leben selbst zu sorgen und zwingt alle, ihre Chance darin zu suchen, dass sie sich dem Kapital dienstbar machen. Dann entscheidet der Maßstab der Geldvermehrung darüber, ob es zu viele unnütze Menschen gibt: nutzlos, weil niemand lohnende Verwendung für sie hat, weil sie nicht bezahlen können, weil ihnen gegenüber vielmehr das Eigentum der in Warenform vorliegenden Reichtümer gewaltsam geschützt werden muss. Nur dann gibt es Menschen, die in ökonomischer Hilflosigkeit verwarhlosen und die so lediglich zur chronischen Belastung und Gefahr für die kapitalistische Wirtschaftsordnung werden.

Sind die Politiker in den »Entwicklungsländern« unfähig und korrupt? Entwickeln sich »Entwicklungsländer« deshalb nicht? Unsinn. So unfähig kann der korrupteste Machthaber nicht sein. Arm ist der Großteil der Menschen in den »Entwicklungsländern« weder, weil ihre

Machthaber sich zu viele Schlösser bauen lassen, noch weil sie vergessen haben, neben die Ölquelle eine weltweit erfolgreiche Raffinerie zu setzen, sondern weil ihre Länder in der Konkurrenz auf den globalen Märkten den Wettbewerb um die lukrativsten Kapitalanlagen verloren haben. Wenn »Entwicklungsländer« nur Rohstoffe abbauen lassen, statt mit den Produkten einer weltweit schlagkräftigen Veredelungsindustrie Exportweltmeister zu werden, ist ihre erbärmliche Abhängigkeit von der Rohstoffpreisentwicklung nicht das Resultat egoistischer und unfähiger Regierungen. Wenn sich Machthaber in der Dritten Welt einschließlich ihrer Familien und sämtlicher Staatsdiener persönlich bereichern, sind die Beträge, die sie sich aneignen, bei Weitem nicht der Grund für das fehlende Kapital, das erforderlich wäre, um z. B. auch nur einen weltweit erfolgreichen Automobilkonzern aufzubauen.

»Korrumpierte afrikanische Politiker haben nach Einschätzung des nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo ihren Staaten seit der Unabhängigkeit 140 Milliarden US-Dollar gestohlen. Diese Ausplünderung sei einer der Hauptgründe für die Armut in Afrika, sagte Obasanjo.«¹ 140 Milliarden US \$ geteilt durch 40 Jahre sind ca. 3,5 Milliarden US \$ pro Jahr und verteilt auf 53 afrikanischen Staaten 67 Millionen US \$ jährlich pro Staat. Davon kann auch der geschickteste Politiker keinen drittklassigen weltmarktfähigen Automobil-, Chemie- oder Lebensmittelkonzern aufbauen. Berühmte Beispiele wie die 30 Millionen US \$, die sich Jean-Bédel Bokassa seine Kaiserkrönungszeremonie kosten ließ, und selbst geschätzte 4 bis 5 Milliarden US \$ persönlichen Vermögens, das sich Machthaber wie Ferdinand Marcos oder Sese Seko Mubutu über ihre Regierungszeit auf den Philippinen bzw. in Zaire angeeignet haben, stehen in keinem Verhältnis zu den Beträgen, die Weltkonzerne *jährlich* in die Eroberung bzw. Verteidigung ihrer Marktanteile investieren.² »Entwicklungsländer« sind also keineswegs arm, weil ihre Regierungen womöglich korrupt und unfähig sind. Die ökonomische Erfolglosigkeit der »Entwicklungsländer« ist keine Folge von fehlendem Willen und schlechten Charaktereigenschaften, sondern als Resultat der marktwirtschaftlichen Konkurrenz eine Folge fehlender Mittel.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter der Führung der USA die Freiheit weltweiter Märkte begründet und wird seitdem durch die NATO gegen eventuelle Feinde dieser Freiheit verteidigt. Den Kolonien wurde in diesem Zusammenhang formell die »Souveränität« gewährt, verbunden mit dem »Angebot« sich als Geschäftspartner der führenden Welthandelsmächte herzurichten und im freien Spiel der Marktkräfte zu bewähren oder als Feinde der Freiheit bekämpft zu werden. Die Regierungen der »Entwicklungsländer« haben bis auf wenige Ausnahmen dieses »Angebot« angenommen und setzen, wie die erfolgreichen Industrie- und Handelsländer, auf die Macht des Privateigentums als Quelle ihrer Macht und werden darüber selbst zu bedingungslosen Förderern ihrer Kapitalistenklasse. In der weltweit marktwirtschaftlich organisierten Staatenwelt konkurrieren seitdem die einzelnen Staaten gegeneinander um Standortvorteile für die in ihrem Hoheitsbereich tätigen Unternehmen sowie um die über den internationalen Renditevergleich entschiedenen Kapitalanlagen der weltweit tätigen Konzerne.

¹<http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article284720/Korruption-kostet-Afrika-Milliarden.html>, 15. Juni 2002

² Beispiele für das jährliche Investitionsvolumen (capex) in Mrd. US \$ (2009): AT&T 17, BP 20, Daimler 7, Exxon 27, Procter&Gamble 4, RWE 6, Toyota 15, VW 10, Wal Mart 13.

Allein auf die eigene Kapitalmacht und die darüber hergestellten Produktivitätsvorteile wollen sich in dieser Hinsicht aber selbst die führenden Industrie- und Handelsnationen nicht verlassen. Da jede Seite im Rahmen der marktwirtschaftlichen Konkurrenz der Nationen den eigenen Nutzen maximieren und den Schaden – der sich aus der überlegenen Produktivität anderer Nationen zwangsläufig ergibt – so klein wie möglich halten will, werden die ökonomischen Kräfteverhältnisse durch staatliche Schutzmaßnahmen nach außen bzw. Fördermaßnahmen nach innen ergänzt. Für die ökonomische Auseinandersetzung zwischen den Nationen – den Versuch, Vorteile für die heimische Wirtschaft zu erlangen und die andere Seite mit der Androhung von Gegenmaßnahmen von ebensolchen Maßnahmen abzubringen – bieten sich diverse Aktivitäten an: Subventionen, Abwehrrzölle, Industrienormen als versteckte Handelsschranken, bilaterale Handelsabkommen, Freihandelszonen oder direkte Einfuhrkontingentierung sind Ausdruck dafür, dass die Nationalstaaten mit den Mitteln staatlicher Gewalt gegen ihresgleichen um den Reichtum der Welt konkurrieren. Wie sehr eine Nation dabei auf die laufenden Beziehungen zu einer anderen angewiesen ist, also gegebenenfalls zu Konzessionen bereit sein muss, kann sie unmittelbar an dem Ausmaß des Schadens ablesen, den die angedrohte Unterbrechung der eingerichteten Beziehungen oder gar deren Abbruch ihr zufügen würde. Die Ausgestaltung des Anerkennung- und Benutzungsverhältnisses in Form von Handelsabkommen ist daher auch immer eine Frage der ökonomischen Voraussetzungen, mit denen die Nationen gegeneinander antreten. Wirtschaftsbündnisse zwischen »befreundeten« Nationen helfen hier, mit vereinten Kräften Wettbewerbsnachteile abzuwehren und den eigenen Forderungen nach Öffnung fremder Märkte den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die relative Schwäche anderer nationaler Wirtschaften wird dabei genutzt, diese vom eigenen Standort abhängig zu machen. Erpressung von Zugeständnissen und damit die Schaffung neuer Rechte gehören zum täglichen Geschäft der Handelsdiplomatie. Der Erfolg in dieser Konkurrenz bestimmt die finanziellen Mittel, über die die Nationen im Wettbewerb zu den anderen Nationen verfügen, und vergrößert zugleich das Potenzial, um auf erweiterter Stufenleiter die eigenen Machtmittel auszubauen.

Auf der Grundlage der staatlichen Gewaltmittel sortieren die marktwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse somit die Staaten im Verhältnis zu ihrem erfolgreichen Zugriff auf die Reichtümer der Welt:³

- 1) In die *führenden Industrie- und Handelsländer*, bei denen sich, wie zu den Hochzeiten des Kolonialismus, die weltweiten Reichtümer ansammeln und die parallel zu ihrer überlegenen Produktivität sowie ihrer unübertrefflichen Kapital- und Militärmacht in den entscheidenden Gremien der globalen marktwirtschaftlichen Weltordnung (IWF, Weltbank, NATO) die ausschlaggebenden Stimmen besitzen. Ihre global ausgerichteten Konzerne prüfen im Rahmen ihrer Geschäftskalkulation die anderen Nationen als potenzielle Absatzmärkte und die dort vorhandene Armut der Bevölkerung als Gelegenheit für rentablere Produktionsstandorte. Der Lohnstückkostenvergleich ist dabei letztlich ausschlaggebend dafür, was für die Geschäftskalkulation der Unternehmen effizienter ist: ein höheres nationales Lohnniveau inklusive der Kosten für das »Soziale« – welche eine durch-rationalisierte Produktion im Hinblick auf Ausbildung, Volksgesundheit und Arbeitsmoral

³ Zur staatlichen Gewalt als Grundlage der ökonomischen Konkurrenz siehe: Hermann Lueer, Warum sterben täglich Menschen im Krieg. Argumente gegen die Liebe zur Nation, Edition Octopus 2010

erfordert – oder die an den Manchester-Kapitalismus erinnernden Arbeitsbedingungen in den Ländern außerhalb der führenden Industrie- und Handelsländer. Die Bevölkerung, die in den »Hochlohnländern« im Vergleich zum Elend außerhalb der führenden Weltmächte vermögend erscheint, muss sich in diesem weltweiten Renditevergleich bezogen auf die Anlagemöglichkeiten ihrer Arbeitgeber immer wieder aufs Neue bewähren. Ganz im Sinne des liberalen Leitspruchs der Marktwirtschaft: »Besser ein niedriger Lohn, als keine Arbeit.«

- 2) Die »Schwellenländer« haben es in dieser Konkurrenz geschafft, als »Niedriglohnländer« Teile der Produktion der global marktführenden Konzerne zu gewinnen, indem sie mit deren Hilfe Arbeitstempo und Produktivität auf weltmarktfähigem Niveau mit den ortsüblichen Hungerlöhnen kombinieren. China und Brasilien, die gemäß dem Index der menschlichen Entwicklung (HDI) der UNDP von 2013 an 91. bzw. 79. Stelle rangieren, konnten sich in dieser Konkurrenz um die für das Geschäft der Produktionsmittelbesitzer günstigsten Produktionsstandorte Anfang des 21. Jahrhunderts zur zweit- bzw. siebtgrößten Wirtschaftsmacht der Welt entwickeln. Die Kontraste zwischen Arm und Reich, sind in diesen Ländern so groß, als wenn die Menschen ein und desselben Landes in zwei verschiedenen Welten lebten.
- 3) Die »Entwicklungsländer« verfügen zwar ebenso über ein unerschöpfliches und durchaus williges Reservoir an billigen Arbeitskräften, haben aber in der Konkurrenz um die Bereitstellung sonstiger für die unternehmerische Standortentscheidung wesentlicher Infrastrukturleistungen den Wettbewerb gegen die »Schwellenländer« verloren. Da gemessen an den weltweiten Geschäftsmöglichkeiten der Bedarf an der Benützung fremder Arbeitskraft begrenzt ist – die erfolgreiche Vermarktung auf der einen Seite also den Misserfolg auf der anderen einschließt – verfügen die »Entwicklungsländer« neben der größten absoluten »Überbevölkerung« des Weltkapitalismus lediglich über spezielle Naturbedingungen, die sich eventuell auf dem Weltmarkt verkaufen lassen: die Ausbeutung von Bodenschätzen, die Produktion von Kaffee, Südfrüchten etc. sowie die Verwertung landschaftlicher Reize durch die Tourismusindustrie.

Die Vermarktung ihrer speziellen Naturbedingungen hat jedoch einen entscheidenden Nachteil. Im Unterschied zu den Exportgütern der führenden Industrieländer entstammen die Exportgüter der »Entwicklungsländer« nämlich nicht einer gewinnträchtigen Produktion für einen eigenen zahlungsfähigen Binnenmarkt. Ihr Export ist nicht der Überschuss an sachlichem Reichtum (Maschinen, Konsumgüter etc.), der über die zahlungsfähige Nachfrage im eigenen Land hinaus zusätzliche Marktanteile sucht, und damit das Mittel, den Reichtum anderer Nationen in das Wachstum des eigenen Reichtums einzubeziehen, sondern lediglich die finanzielle Voraussetzung für den Import von hochwertigen Industriegütern. Ihre Geschäfte machen »Entwicklungsländer« somit durch die bloße Veräußerung ihrer natürlichen Reichtümer, ohne durch diese Transaktion die Bedingungen für den Aufbau einer eigenen nationalen Reichtumsproduktion zu schaffen. Die materielle Grundlage der »Entwicklungsländer« liegt marktwirtschaftlich damit gar nicht in ihrem eigenen Herrschaftsbereich, sondern allein im Interesse der erfolgreichen Länder an ihren Rohstoffen. Marktwirtschaftlich deshalb, weil die »Entwicklungsländer«

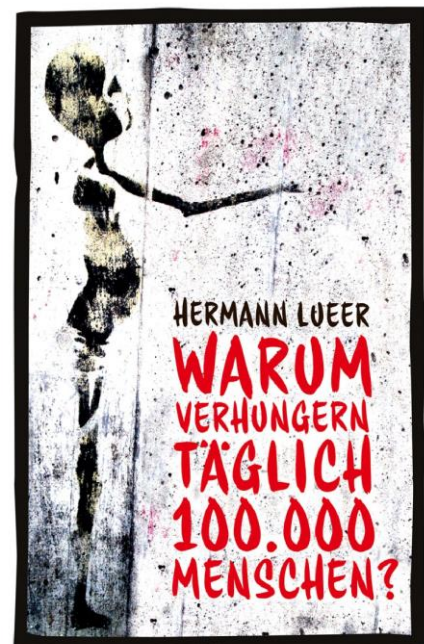
für sich oder in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Nationen natürlich auch die Versorgung der Bevölkerung zum Zweck nehmen und auf der Grundlage gesellschaftlicher Produktionsmittel planmäßig die vorhandenen Ressourcen dazu nutzen könnten, die erforderlichen Gebrauchswerte zu produzieren. Da die Regierungen der »Entwicklungsländer« aber auf die Macht des Privateigentums als Quelle ihrer Macht setzen, gibt es mit der fehlenden Aussicht auf Gewinn für die Privatbesitzer der Produktionsmittel keinen vernünftigen Grund, die vorhandenen Ressourcen einschließlich der Arbeitskräfte anzuwenden. Mit der fehlenden zahlungsfähigen Nachfrage im eigenen Land bzw. der erfolgreichen Besetzung der vorhandenen Zahlungsfähigkeit auf den Weltmärkten durch ausländische Wettbewerber verbleibt marktwirtschaftlich für Staat und Kapital die Veräußerung der Naturschätze in Abhängigkeit vom Interesse der erfolgreichen Länder als einziges Bereicherungsmittel. Das Interesse an den Rohstoffen der »Entwicklungsländer« schwankt dabei mit den Konjunkturen des Wachstums der erfolgreichen Industrieländer, reduziert sich oder verschwindet, wenn sich Rohstoffe durch günstigere ersetzen lassen und wird darüber hinaus preislich von der gegenüber dem reichlich vorhandenen Angebot knappen Nachfrage bestimmt. In diesem Abhängigkeitsverhältnis fallende Preise durch ein vermehrtes Angebot zu kompensieren, verdirbt in der Konkurrenz nur die Preise. Begrenzungen der Produktions- bzw. Fördermengen zur Stabilisierung der Preise sind für »Entwicklungsländer«, die ihre Einkünfte zu 90% aus Rohstoffexporten bestreiten, ebenso keine frei handhabbare Alternative. Wie sie sich drehen und wenden, ihr Staatsreichtum beruht auf nichts anderem als auf unbeeinflussbaren Anteilen am Erfolg der Reichtumsproduktion in den führenden Industrieländern. Ob er überhaupt eine ausreichende Grundlage für die Finanzierung ihrer bescheidenen Staatsnotwendigkeiten ist, wird darüber hinaus im 21. Jahrhundert zunehmend fraglich.

- 4) In der »*Vierten Welt*« fällt inzwischen eine wachsende Zahl von sogenannten »Failed States« hinter den Status der »Entwicklungsländer« zurück. Für die globalen Geschäftsinteressen findet sich bei ihnen nicht einmal genug Ausnutzbares, bzw. die Preise, die sich auf dem Weltmarkt erzielen lassen, reichen nicht mehr aus, um Städte und Straßen, einen eigenen Verwaltungsapparat oder ein bescheidenes Erziehungs- und Gesundheitswesen zu finanzieren. Da mit dem Ende des »Kalten Krieges« und damit mit dem Untergang einer Alternative zur Konkurrenz auf den Weltmärkten selbst das Interesse des »Freien Westens« an der Bereitstellung der militärischen Mittel zur Sicherung einer politische Zentralgewalt relativiert ist, erfüllen mehr und mehr Staaten nicht einmal mehr die Mindestanforderungen an Staatlichkeit: das Gewaltmonopol nach innen und ein nach außen gesichertes Territorium. Für das verbleibende Interesse, mit Hilfe von auswärtigem Kapital Rohstoffvorkommen für den Weltmarkt zu erschließen, reichen in vielen Fällen die privaten Wach- und Söldnertrupps der Konzerne sowie Übereinkünfte mit lokalen »Warlords« und Stammesfürsten aus, die damit die Nutznießer der Gelder werden, die aus dem marktwirtschaftlichen Geschäft mit den Rohstoffen abfallen.

Warum entwickeln sich also »Entwicklungsländer« nicht? Weil sie sich vom Standpunkt erfolgreicher kapitalistischer Nationen nicht mehr entwickeln müssen. »Die Dritte Welt ist fertig, fertig eingerichtet für ökonomische Zuträgerdienste für eine nationale Akkumulation von Reichtum

anderswo. Fertig auch mit der Entwurzelung und Verelendung ihrer Bevölkerungsmehrheit, die zu diesen Diensten gar nichts beiträgt, sondern – vom Standpunkt eines nationalen Haushalts aus betrachtet – größtenteils eine pure ökonomische Belastung ist. Mit Staatskrediten, dem Kapitaleinsatz von Multis und entsprechenden Importregelungen hat der Westen in diesen Ländern die agrarische Produktion und die Rohstoffgewinnung entwickelt, die der Weltmarkt braucht und für die diese Länder qua Natur geeignet, aber aus eigener Kraft gar nicht fähig waren. Der Mangel an weltmarktfähigen Angeboten und Alternativen hat diese souverän gewordenen Länder für ihre Einnahmen und Ausgaben ganz auf den Anbau von Kaffee, Nüssen, Tee, Kakao, Ölsaaten, Kautschuk oder den Abbau von Kupfer und anderen zufällig vorhandenen Rohstoffen verwiesen. Mit auswärtigen Krediten, Firmen und Beteiligungen sind die Plantagen und Förderstätten samt den notwendigen Infrastrukturen auf- und ausgebaut und soweit erforderlich die Landstriche umgekrempelt worden, so dass solche Ländern vollständig davon abhängig sind, welches Angebot sie damit für das industrielle Wachstum andernorts darstellen. Umgekehrt haben sich die Nachfrager, die mit Kapital und Kredit selber für das Zustandekommen des Angebots gesorgt haben, durch die Diversifikation der Anbieterländer, durch die reichliche Erschließung von Vorkommen und die Ausweitung der monokulturellen Produktion von bestimmten nationalen Lieferanten unabhängig gemacht. Alles Erforderliche an Grundstoffen für die Konjunkturbedürfnisse kapitalistischer Industrie und Lebensmittelherstellung ist reichlich vorhanden samt Transportwegen und anderer Infrastruktur.«⁴

Die vorherrschende marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung des »Freien Westens« sorgt somit täglich unter dem Titel Globalisierung für die Sachzwänge, aufgrund derer außer »Hilfe zur Selbsthilfe« für die Verlierer der Konkurrenz beim besten Willen nichts zu machen ist. Welthunger, kein Zugang zu sauberem Wasser für ein Sechstel der Menschheit, bittere Armut und elende Arbeitsbedingungen sind trotz der Wunder der Technik des 21. Jahrhunderts zur Normalität der globalen Wirtschaftsordnung geworden. Die Alternative zu diesen Errungenschaften der globalen Marktwirtschaft beginnt mit der Kritik am unerschütterlichen Glauben an die Marktwirtschaft.



⁴ Der Verfall der Dritten Welt. Eine Hinterlassenschaft von 40 Jahren Entwicklung und imperialistischer Betreuung, in: GegenStandpunkt 4/1992, S.178f